

**Niederschrift
über die 21. Sitzung des Kreistages am 18. Mai 2009**

I.: Ort: Landratsamt Pasewalk, Kürassierkaserne, Haus 3
 Datum: 18.05.2009
 Beginn: 14:00 Uhr
 Ende: 15:10 Uhr

II.: Von den 46 Mitgliedern des Kreistages nehmen 38 an der 21. Sitzung des Kreistages teil.
 Die Teilnahme der Mitglieder des Kreistages an den einzelnen Tagesordnungspunkten während der Sitzung ist unterschiedlich.

Anwesend sind:

Ammon, Michael	Odendall, Maria-Theresia (bis TOP 9)
Bauer, Gerhard	Peeger, Marlies
Dr. Blohm, Helmut	Poch, Ulrich
Drechsler, Irmhild	Radant, Frank
Erinski, Alexander	Raulin, Norbert
Friese, Norbert	Reim, Thomas
Gottschalk, Ralf	Roloff, Rudi
Grams, Helmut	Samuel, Edith (ab TOP 2)
Haack, Norbert	Dr. Sander, Horst
Heder, Dieter	Dr. Schendel, Götz
Horn, Joachim	Stegemann, Günter (ab TOP 2)
Dr. Irle, Ulrich	Texter, Andreas
Kiel, Gerhard	Thiede, Christel
Koschnitzki, Jutta	Tornow, Peter
Kowalski, Dietmar	Verchow, Cornelia
Leu, Franz	Wagner, Günter
Lunow, Rainer	Werner, Doris
Meistring, Lothar	Wittkopf, Lydia
Obst, Anneliese	Zibell, Antje

Folgende Mitglieder des Kreistages nehmen an der Sitzung nicht teil:

Brauchler, Roland	- entschuldigt	Jürgens, Gesine	- entschuldigt
Krins, Matthias	- entschuldigt	Pinzke, Denis	- entschuldigt
Röhl, Jürgen	- entschuldigt	Schlupp, Beate	- entschuldigt
Dr. Seidel, Alfred	- unentschuldigt	Zimmermann, Arno	- entschuldigt

III. Tagesordnung

Die Einladung zur 21. Sitzung des Kreistages ist den Mitgliedern des Kreistages ordnungsgemäß zugegangen.

Anträge zur Tagesordnung werden nicht gestellt, damit gilt folgende **Tagesordnung** als einstimmig angenommen:

Öffentlicher Teil

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit sowie Annahme der Tagesordnung
2. Bestätigung der Niederschrift der 20. Sitzung des Kreistages vom 09.03.2009
3. Bekanntgabe des im nichtöffentlichen Teil der Sitzung des Kreistages am 09.03.2009 gefassten Beschlusses
4. Einwohnerfragestunde
5. Mitteilungen des Landrates
6. Wahl der Mitglieder der Trägerversammlung der Arbeitsgemeinschaft „Job-Center Uecker-Randow“
7. Richtlinie zur Bemessung der angemessenen Kosten der Unterkunft und Heizung nach § 22 Sozialgesetzbuch (SGB) II – Grundsicherung für Arbeitssuchende – für den Landkreis Uecker-Randow
8. Ergebnisse der ersten Kinder- und Jugendkonferenz des Landkreises Uecker-Randow im Rahmen des Kinder- und Jugendmodellprojektes „Respekt“
9. Antrag aller Fraktionen und Wählergruppen im Kreistag Uecker-Randow zur Unterstützung des von Wismar und Hansfelde gewünschten Länderwechsels von Brandenburg nach Mecklenburg-Vorpommern
10. Anfragen der Kreistagsmitglieder

Nichtöffentlicher Teil

11. Mitteilungen/Anfragen

TOP 2: Bestätigung der Niederschrift der 20. Sitzung des Kreistages vom 09.03.2009

Anträge zur Niederschrift liegen nicht vor. Die Niederschrift der 20. Sitzung des Kreistages vom 09.03.2009 wird mit einer Stimmenthaltung bestätigt.

TOP 3: Bekanntgabe des im nichtöffentlichen Teil der Sitzung des Kreistages am 09. März 2009 gefassten Beschlusses

In der Sitzung des Kreistages am 9. März 2009 wurde im nichtöffentlichen Teil die Beschlussvorlage

- Beschaffung von 5 Notarzteinsatzfahrzeugen nach DIN 75079

mehrheitlich bestätigt.

TOP 4: Einwohnerfragestunde

Herr Dieter Kutsch, Torgelow

Mein Name ist Dieter Kutsch, ich komme aus Torgelow.

Ich habe eine Frage: Warum werden in diesem Kreis Unternehmer, die durch Zahlungskriminalität und organisiertes Verbrechen in Schwierigkeiten kommen, nicht so unterstützt, wie es beispielsweise bei einer Naturkatastrophe ist, wenn Haus und Hof kaputtgehen? Bei mir sind Haus und Hof kaputt einschließlich meiner Seele. Und keiner hat bis heute etwas dagegen getan.

Herr Dr. Böhning

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Herr Präsident, sehr geehrter Herr Kutsch, für die Damen und Herren, die diese Anfrage gehört haben, ist natürlich schwer zu erkennen, um was es genau geht. Ich will so viel dazu erläutern, es ist eine privatrechtliche Sache, Sie haben aufgrund von Nichtzahlungen durch Kunden sehr viel Geld verloren und streiten jetzt mit der Sparkasse, um dort nicht noch das letzte Hemd geben zu müssen, wie man so schön sagt.

Ich habe bisher angeregt, Gespräche zu führen. Eine drohende Zwangsversteigerung Ihres Wohnhauses ist nicht zustande gekommen. Es werden sicherlich weitere Gespräche geführt. Es gibt aber gesetzliche Regelungen, die auch einer Sparkasse als Veruntreuung vorgelegt werden würden, wenn sie auf bestimmte Gelder verzichten würde.

Ich werde mich weiter dafür einsetzen, dass diese Gespräche fortgeführt werden und habe großes Verständnis, dass Sie in dieser Lage, in die Sie unverschuldet gekommen sind, auch hier nach Möglichkeiten und Wegen suchen. Es ist Ihnen einiges von der Sparkasse gesagt worden und ich hoffe, dass eine gemeinsame Lösung am Ende herauskommen wird.

Herr Dietrich Schröder, Löcknitz

Ich habe eine Frage: Nach meiner Kenntnis sind auf der B 104, Ortslage Zerrenthin, die Bauarbeiten abgeschlossen. Am Straßenrand stehen immer noch die Geschwindigkeitsbegrenzungspfähle. Wann werden diese beräumt?

Die Frage wird schriftlich beantwortet.

TOP 5: Mitteilungen des Landrates

Mitteilungen des Landrates – siehe Anlage 1.

TOP 6: Wahl der Mitglieder der Trägerversammlung der Arbeitsgemeinschaft „Job-Center Uecker-Randow“

Folgender Beschlussvorschlag wird zur Abstimmung gebracht:

Der Kreistag möge Herrn Dennis Gutgesell, Beigeordneter und 1. Stellvertreter des Landrates, als Mitglied in die Trägerversammlung der Arbeitsgemeinschaft wählen.

Abstimmung:	dafür:	38
	dagegen:	0
	Enthaltungen:	0

Damit ist die Beschlussvorlage einstimmig bestätigt. Die **Beschluss-Nr.** lautet: **4/40/04 – 1. Änderung.**

TOP 7: Richtlinie zur Bemessung der angemessenen Kosten der Unterkunft und Heizung nach § 22 Sozialgesetzbuch (SGB) II – Grundsicherung für Arbeitsuchende – für den Landkreis Uecker-Randow

Folgender Beschlussvorschlag wird zur Abstimmung gebracht:

Der Kreistag möge die Richtlinie zur Bemessung der angemessenen Kosten der Unterkunft und Heizung nach § 22 Sozialgesetzbuch (SGB) II – Grundsicherung für Arbeitsuchende – für den Landkreis Uecker-Randow beschließen.

Abstimmung:	dafür:	36
	dagegen:	2
	Enthaltungen:	0

Damit ist die Richtlinie zur Bemessung der angemessenen Kosten der Unterkunft und Heizung nach § 22 SGB II mehrheitlich bestätigt. Der **Beschluss** erhält die **Beschluss-Nr. 21/159/09.**

TOP 8: Ergebnisse der ersten Kinder- und Jugendkonferenz des Landkreises Uecker-Randow im Rahmen des Kinder- und Jugendmodellprojektes „Respekt“

Herr Dr. Sander verweist zunächst auf die allen Kreistagsmitgliedern übergebenen Schlüsselanhänger von der Kinderschutzhotline.

Dieser Anhänger kann an Personen gegeben werden, die mit Kindern und ihrer Problematik befasst sind. Herr Becker, Polizeidirektor, hat diese Aktion initiiert und im ganzen Land Sponsoren gesucht, die diesen Schlüsselanhänger finanzieren. Bei uns ist es die Sparkasse Uecker-Randow.

Sie wissen, welche Problematik misshandelte Kinder im ganzen Land hervorgerufen haben und wir möchten helfen, Kindeswohlgefährdung zu verhindern.

Ausführungen von Herrn Fels und Frau Manthey vom Lokalen Bündnis für Familie – siehe Anlage 2.

TOP 9: Antrag aller Fraktionen und Wählergruppen im Kreistag Uecker-Randow zur Unterstützung des von Wismar und Hansfelde gewünschten Länderwechsels von Brandenburg nach Mecklenburg-Vorpommern

Folgender Beschlussvorschlag wird zur Abstimmung gebracht:

1. **Der Kreistag des Landkreises Uecker-Randow unterstützt den Wunsch der Bürger der Ortsteile Wismar und Hansfelde der amtsfreien Gemeinde Uckerland nach einem Wechsel von Brandenburg nach Mecklenburg-Vorpommern.**
2. **Der Landrat wird gebeten, dieses Votum der Landesregierung zu übermitteln und sich über den Lösungsstand der zwischen den Landesregierungen von Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg gemeinsam erörterten Probleme sowie über einen eventuell bereits erreichten Verhandlungsstand zum Länderwechsel zwischen Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg unterrichten zu lassen. Der Kreisausschuss ist zeitnah zu informieren.**
3. **Darüber hinaus wird die Landesregierung gebeten, sich intensiver für zwischenzeitliche Lösungen, insbesondere in den Bereichen Schullastenausgleich und ärztliche Notfallversorgung in den Grenzbereichen zwischen Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg einzusetzen, soweit Teile des Landkreises Uecker-Randow betroffen sind.**

Abstimmung:	dafür:	38
	dagegen:	0
	Enthaltungen:	0

Damit ist der Antrag einstimmig bestätigt. Der Beschluss erhält die **Nr. 21/160/09**.

TOP 10: Anfragen der Kreistagsmitglieder**Herr Bauer**

Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrter Herr Landrat, sehr geehrte Kreistagsmitglieder,

wir haben in den fünf Jahren hautnah erleben können, wie sich der Kreistag bemüht hat, in allen Bereichen des Lebens aktiv zu sein und sich für die Bürger einzusetzen. Mir ist jetzt aufgefallen, dass sich die Sparkasse und die Raiffeisenbank in einigen Dingen zurückziehen. Ich weiß nicht, inwiefern wir Einfluss haben, aber ich möchte darauf aufmerksam machen. Wenn beispielsweise in Eggesin ein Bürger am Mittwochabend eine Überweisung tätigen möchte bei der Raiffeisenbank, dann muss er die Überweisung in einen Zettelkasten werfen und am Dienstag der darauffolgenden Woche wird die Überweisung gebucht. Es gibt genug Familien, wir haben den Armutsbericht gehört, die darauf angewiesen sind, die Überweisungen tagfertig zu machen, ansonsten drohen Überziehungszinsen. Sie wissen aber auch, wann das Geld da ist und wann nicht.

Wie wird das in Zukunft gehandhabt? In Jatznick nimmt die Raiffeisenbank abends kein Geld an, wenn Geschäftsinhaber einzahlen möchten. Bei der Sparkasse ist es möglich. Das sind Dinge, die nicht dazu beitragen wenigstens den Bürgern in größeren Orten ein sicheres Leben zu gewährleisten, sie müssen überall mobil sein, um ihre Bankgeschäfte zu erledigen.

Danke.

Herr Dr. Sander ergänzt, dass auch die Sparkasse in Jatznick kein Geld annimmt, nicht nur die Raiffeisenbank. Es ist ökonomisch für die Kassen nicht vertretbar, eine zweite Person zu beschäftigen, die aus Sicherheitsgründen erforderlich ist. Das ist das Problem. Ich habe auch schon Sparkassendirektoren darauf angesprochen, aber das wird immer mit ökonomischen Problemen abgewiesen.

Weitere Anfragen werden nicht gestellt.

Herr Dr. Sander gibt einen Rückblick auf die vergangene Legislaturperiode (siehe Anlage 3)

Der öffentliche Teil der Kreistagssitzung ist geschlossen.

Nichtöffentlicher Teil:

TOP 11: Mitteilungen/Anfragen

Es gibt keine Mitteilungen/Anfragen nichtöffentlicher Art.

Herr Dr. Sander bedankt sich bei allen Kreistagsmitgliedern für die Mitarbeit in den letzten 5 Jahren, lädt zu einem Fototermin und anschließendem Büfett ein.

Die Sitzung ist geschlossen.

Dr. Sander
Kreistagspräsident

Protokollantin

Anlage 1

Bericht des Landrates auf der Kreistagssitzung am 18.05.2009

Sehr geehrter Herr Kreistagspräsident,
sehr geehrte Mitglieder des Kreistages,
verehrte Gäste,

in meiner Stellungnahme zum Gesetzentwurf habe ich gegenüber dem Innenministerium Mecklenburg-Vorpommern zum Ausdruck gebracht, dass der Landkreis Uecker-Randow die Notwendigkeit einer Verwaltungsreform auf Grund der finanziellen und demografischen Veränderungen grundsätzlich anerkennt.

Es muss eine Verwaltungsstruktur für unser Land geschaffen werden, die langfristig leistungsfähig ist, die für die Bürger und Bürgerinnen die Möglichkeit eröffnet, ihr Lebens- und Wirtschaftsumfeld mit zu gestalten und in der Lage ist, die öffentlichen Dienstleistungen effizient zu erbringen.

Die Festlegungen des Leitbildes des Landtages wurden begrüßt. Danach sollen Kreisgebietsreform und Funktionalreform eine Einheit bilden und aufeinander abgestimmt werden. Kommunale Selbstverwaltung soll in der von der Verfassung des Landes Mecklenburg-Vorpommern und dem Grundgesetz vorgegebenen Form stattfinden. Für das ehrenamtliche und kommunalpolitische Engagement ist der Erhalt zumutbarer äußerer Bedingungen für die Mandatsausübung Voraussetzung.

Zur Flächenausdehnung heißt es in den Leitlinien des Landtags: „Um die Übersichtbarkeit und die Kenntnis der regionalen Belange zu gewährleisten, sollte die Zielgröße der Fläche der Landkreise 4.000 km² in der Regel nicht überschreiten.“

Mit einer Bildung des vorgesehenen Kreises Südvorpommern würde die Fläche 4.369 km² betragen. Damit wird bei dem im Gesetzentwurf zugrunde liegenden 6 + 2 Modell das Leitbild erheblich verletzt. Eine Steuerung von Landkreisen dieser Größe durch ehrenamtlich kommunalpolitisch Tätige wird stark in Frage gestellt. Eine Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung wird mit dem vorliegenden Gesetzentwurf nicht erreicht.

Basis für die Bildung neuer Strukturen muss eine umfassende Aufgabenkritik, der Abbau von Doppelzuständigkeiten und die Neuordnung der Aufgabenerfüllung sein. Eine umfassende Funktionalreform findet jedoch nicht statt.

Gegenwärtig wird parallel zur Verbandsanhörung die Ressortanhörung zum Entwurf eines Gesetzes über die Zuordnung von Aufgaben im Rahmen der Landkreisneuordnung durchgeführt. Die Anhörungsfrist endet am 17. Juni 2009.

Die Aufgabenübertragungen bleiben hinter den bislang bekannten Vorstellungen im Umfang von ungefähr 283 Stellen zurück. Nunmehr ist eine Übertragung von nur noch 174 Stellen vorgesehen.

Insbesondere sind die Bereiche bzw. Aufgaben:

- Immissionsschutz und Abfallwirtschaft,
- Wasser- und Boden,

- Bundeselterngeld und –elternteilzeitgesetz,
- Arbeitsschutz und technische Sicherheit sowie
- Jugendhilfe

zur Übertragung vorgesehen.

Der Umfang der zu übertragenden Aufgaben bleibt deutlich hinter den Erwartungen zurück.

Wie bereits im Rahmen der Verwaltungsmodernisierung 2006 wurden erneut zunächst Strukturen festgelegt, bevor die von diesen Strukturen zu erledigenden Aufgaben ermittelt wurden.

Die erste Kabinettsbefassung zur Novellierung des Finanzausgleichsgesetzes zum 01.01.2010 hat am 12. Mai 2009 stattgefunden.

Gegenüber dem bekannten Referentenentwurf weist bei erster Durchsicht der nun vorliegende Ressortentwurf Änderungen auf, die durch uns in den nächsten Tagen geprüft werden.

Am vergangenen Wochenende hatten wir Klausurtagung der Landräte und haben uns zum Entwurf wie folgt geäußert: Die Landrätekonferenz und der Vorstand des Landkreistages Mecklenburg-Vorpommern nehmen die vorliegenden Überlegungen zur Novelle des Finanzausgleichsgesetzes ablehnend zur Kenntnis. Die beabsichtigten Änderungen führen zu einer massiven Benachteiligung des ländlichen Raumes bei den Finanzausweisungen. Das Ziel einer auskömmlichen und aufgabenbezogenen Finanzierung der kommunalen Ebene wird verfehlt. Die für die Landkreise zu erwartenden massiven Einbußen widersprechen dem Ziel der Landesregierung, die Landkreise in ihrer Ausgleichs- und Ergänzungsfunktion zu stärken. Die verfassungsrechtliche Garantie einer finanziellen Mindestausstattung wird durch den Entwurf verletzt. Um eine belastbare Einschätzung vornehmen zu können, wird die Landesregierung aufgefordert, unverzüglich belastbare gemeinde- und landkreisscharfe Daten zu den Auswirkungen der Novelle vorzulegen.

Die Landesregierung beabsichtigt nach Durchführung der Verbandsanhörung und einer zweiten Kabinettsbefassung, den Gesetzentwurf über die Zuordnung von Aufgaben im Rahmen der Landkreisneuordnung gemeinsam mit der Novelle des Finanzausgleichsgesetzes und dem Landkreisneuordnungsgesetz im Rahmen einer Sondersitzung am 16. Juli 2009 in den Landtag einzubringen.

- Positionspapier des Kreistages zur finanziellen Situation des Landkreises Uecker-Randow -

Der Innenminister des Landes M-V, Herr Lorenz Caffier, hat dem Kreistagspräsidenten, Herrn Dr. Horst Sander, für das Positionspapier des Kreistages zur finanziellen Situation des Landkreises Uecker-Randow, verabschiedet durch den Kreistag am 09.03.2009, gedankt.

Innenminister Caffier teilt die Auffassung, dass die Erarbeitung einer Lösungsstrategie für die erheblichen Haushaltsprobleme des Landkreises Uecker-Randow unumgänglich ist. Er hält es jedoch für zielführend, zunächst die Ergebnisse der Prüfung

der am 9. März 2009 beschlossenen Haushaltssatzung 2009 und des Haushaltssicherungskonzepts des Landkreises Uecker-Randow abzuwarten.

Danach soll ein Gesprächstermin vereinbart werden, um die beabsichtigten rechtsaufsichtlichen Entscheidungen zum Haushalt 2009 und die Anliegen des Positionspapiers zu erörtern.

- Haushalt -

In der Haushaltssatzung 2009 liegt der beschlossene Fehlbedarf bei 27.492.400 EUR. Dieser wird nach vorliegender Einschätzung zum Quartalsbericht um fast 700.000 EUR geringer ausfallen. Positiv wirkt dabei die derzeitige Finanzlage am Weltmarkt.

Der Leitzins ist auf 1 % gesenkt worden und dementsprechend niedrig sind auch die Zinsen im kurzfristigen Bereich. Die Minderausgaben belaufen sich auf ca. 200.000 EUR. Minderausgaben wird es im Fachbereich 3 und 4 geben.

Im Vermögenshaushalt werden die Baumaßnahmen realisiert, die über gebildete Haushaltsreste zur Verfügung stehen.

Dabei handelt es sich insbesondere um den Straßenausbau UR 52 Lübs - Annenhof. Weitere Investitionen entscheiden sich mit der Genehmigung zum Haushalt 2009.

Die Jahresrechnung 2008 ist zum Nachtragshaushalt 2008 um fast 1,9 Mio. EUR besser ausgefallen.

Zum Ursprungshaushalt 2008 beträgt die Reduzierung des Fehlbetrages in etwa 3,0 Mio. EUR. Damit wurde die Zielstellung des Innenministeriums (3,5 Mio. EUR) fast erfüllt.

Wesentliche Veränderungen ergaben sich u. a.:

- in der Schülerbeförderung zeichneten sich Minderausgaben in Höhe von 130,0 TEUR ab,
- 180,0 TEUR konnten durch erhöhte Schlüsselzuweisungen zusätzlich vereinnahmt werden,
- 220,0 TEUR wurden bei den Tilgungsleistungen eingespart,
- in der Heimerziehung kam es zu Wenigerausgaben. Diese beliefen sich auf 150,0 TEUR,
- im Bereich der KdU-Leistungen gingen die Auszahlungen, verrechnet mit den Zuschüssen, um 500,0 TEUR zurück,
- in der Grundsicherung außerhalb von Einrichtungen senkten sich die Ausgaben um 210,0 TEUR.

- Förder- und Entwicklungsgesellschaft Uecker-Region mbH -

Mit dem Ziel der Stärkung der Wirtschaftsförderung und der Reduzierung des kreislichen Zuschusses für die Förder- und Entwicklungsgesellschaft Uecker-Region mbH fanden in der zurückliegenden Zeit Gespräche zwischen den Geschäftsführern der

Wirtschaftsfördergesellschaft Vorpommern mbH und der Förder- und Entwicklungsgesellschaft Uecker-Region mbH statt.

Sie haben gemeinsam einen Businessplan zur Erweiterung und Neuausrichtung der WFG unter Berücksichtigung einer möglichen Fusion mit der FEG erarbeitet.

Dieser wurde in der Gesellschafterversammlung der FEG Ende April 2009 beraten. Im Ergebnis der Diskussion zu dieser Thematik wurde beschlossen, eine Fusion zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht herbeizuführen, aber die inhaltliche Zusammenarbeit beider Gesellschaften weiter auszubauen. Entsprechende Gespräche hierzu werden zwischen beiden Geschäftsführern geführt, um eine enge Kooperation beider Gesellschaften im Raum Vorpommern zu gewährleisten.

Eine Zusammenführung beider Gesellschaften ist im Hinblick auf die Kreisstrukturreform sowie der engeren Zusammenarbeit zu einem späteren Zeitpunkt denkbar.

- Konjunkturpaket II -

Gemäß Verwaltungsvereinbarung des Landes M-V (VV M-V) zur Durchführung des Gesetzes zur Umsetzung von Zukunftsinvestitionen der Kommunen und der Länder (ZuInvG), die am 11. März 2009 zwischen dem Land Mecklenburg-Vorpommern und den kreisfreien Städten und Landkreisen geschlossen wurde, sind dem Landkreis Uecker-Randow folgende Finanzhilfen zugewiesen worden:

Bildungsinfrastrukturmittel	4.027.612 EUR
Infrastrukturmittel	763.040 EUR

Diese Finanzhilfen sind mit einem kommunalen Eigenanteil von jeweils 15 % bezogen auf den öffentlichen Finanzierungsanteil zu ergänzen.

Nach § 4 Abs. 4 VV M-V sind 65 % der Finanzhilfen an die kreisangehörigen Gemeinden weiterzuleiten. Des Weiteren treffen die Landräte ihre Förderentscheidungen für den kreisangehörigen Raum auf Grund entsprechender Anträge der Gemeinden, kreisbezogener Prioritätensetzung und im Benehmen mit den Kreisausschüssen.

Mit Schreiben vom 25.03.2009 wurde den Städten und Ämtern des Landkreises die Höhe des zur Verfügung stehenden Bewilligungsrahmens, einschließlich des kommunalen Eigenanteils (15 % der öffentlichen Finanzierung), bekanntgegeben.

Es konnten Anträge für Investitionsmaßnahmen gemäß § 3 Abs. 1 u. 2 ZuInvG i. V. m. § 1 Abs. 2 VV M-V mit einem Gesamtbetrag der öffentlichen Finanzierung in Höhe von 3.079.934 EUR für den Schwerpunkt Bildungsinfrastruktur und 583.501 EUR für den Schwerpunkt Infrastruktur eingereicht werden.

Die Anträge der Kommunen liegen zur Entscheidung vor, der Bewilligungsrahmen wurde ausgeschöpft.

Der Kreisausschuss wird hierüber in seiner Sitzung am 27.05.2009 beraten.

- Firmenbesuche -

Auch in diesem Jahr werde ich wieder in einigen Betrieben des Landkreises Uecker-Randow wie in den Vorjahren das persönliche Gespräch mit Geschäftsführern und Beschäftigten suchen, um mir ein genaues Bild von der wirtschaftlichen Situation machen zu können.

Am Mittwoch, dem 8. April 2009, besuchte ich zwei Firmen in der Stadt Torgelow.

Die Tatsache, dass die Krise auch unseren Landkreis erreicht und damit den bis zum vergangenen Herbst spürbaren Aufschwung abbremst, ist nicht zu verkennen.

Allerdings gelte es, das Wort „Krise“ nicht unablässig zu wiederholen, sondern vielmehr den Versuch zu unternehmen, eine differenzierte Betrachtungsweise der regionalen Auswirkungen zu erhalten.

In dieser Woche werde ich einige Landwirtschaftsbetriebe besuchen, denn gerade auch hier sind die Probleme nicht gerade klein (Milchpreise).

- Bürgermeisterdienstberatung -

Meine erste Bürgermeisterberatung führte ich in diesem Jahr am 7. Mai 2009 durch. Aktuelle Aufgabenstellungen wurden gemeinsam beraten und diskutiert, beispielhaft möchte ich die Einführung des Digitalfunks, die Zusammenarbeit der ARGE mit den Gemeinden und arbeitsmarktpolitische Programme, das Konjunkturpaket II und die Umsetzung des Krippenausbauprogramms nennen.

- Verkehrsbelastung auf der B 104 -

Zur Problematik Verkehrsbelastung auf der B 104 fand am 09. April 2009 in Löcknitz eine Veranstaltung mit dem Minister für Verkehr, Bau und Landesentwicklung M-V, Herrn Volker Schlotmann, statt.

Hier wurde durch Herrn Minister Schlotmann festgelegt, dass an einem „Runden Tisch“ mit Vertretern des Bundesverkehrsministeriums, Landesverkehrsministeriums, Landesinnenministeriums, Landesamtes für Straßenbau und Verkehr, Straßenbauamtes Neustrelitz, Landkreises Uecker-Randow und ausgewählten Bürgermeistern nach Lösungswegen gesucht wird, um die Verkehrssituation zu verbessern. Eine Einladung des Landesverkehrsministeriums liegt noch nicht vor. Wir werden dann natürlich mit freundlichem Nachdruck dranbleiben, dass diese Veranstaltung stattfindet. Zwischenlösung, Geschwindigkeitsbegrenzung auf 30 km/h, ist sicherlich nicht zielführend.

- BOS -

Ab dem Jahr 2010 werden die Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BOS) landesweit von Analogfunk auf Digitalfunk umrüsten.

Grundlage für die Umstellung bildet das „Verwaltungsabkommen über die Zusammenarbeit von Bund und Ländern beim Aufbau und Betrieb eines bundesweit einheitlichen digitalen Sprech- und Datenfunksystems für alle Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BOS) in der Bundesrepublik Deutschland“ vom

14.3.2007/1.6.2007. In einigen Bundesländern ist diese Umstellung schon begonnen bzw. bereits vollzogen worden.

Hiervon sind im Landkreis Uecker-Randow auch die „Nichtpolizeilichen BOS“ (z. B. Feuerwehr und Rettungsdienst) betroffen. Dort müssen die analogen Fahrzeugfunkgeräte, die Festeinbauten in Rettungs- und Feuerwachen sowie die Handsprechfunkgeräte im sogenannten „4m-Band“ ausgetauscht werden.

Im Gegensatz zur jetzigen Praxis, dass jede BOS (im Prinzip) ein eigenes Funk- und Alarmierungsnetz betreibt, wird künftig ein bundeseinheitliches zentrales Netz zur Verfügung stehen, das alle BOS gemeinsam nutzen (und dafür anteilig Betriebskosten zahlen). Der spätere Netzbetreiber ist derzeit noch unbekannt.

Laut einem Ergebnis der 3. Verhandlungsrunde (Stand 23.03.2009) zwischen Innenministerium M-V und Landkreistag soll der jährliche (kommunale) Anteil an den Betriebskosten für das Digital-Funknetz ca. 1.750.000 EUR betragen. Diese Kostenbeteiligung beginnt mit der Aufnahme des „Wirkbetriebs“ des Digitalfunknetzes (ca. 2010) und wird vorerst für 10 Jahre vereinbart.

D. h., für den Landkreis Uecker-Randow betragen die Betriebskosten dann ca. 97.000 EUR jährlich. Dieser jährliche kommunale Kostenanteil, den das Land mit Einverständnis der kommunalen Landesverbände zu Gunsten der Kommunen an Dritte leistet, soll entsprechend § 6 Abs. 2, Satz 2 FAG von der Gesamtschlüsselmasse abgezogen werden.

Grundsätzlich sind noch Verhandlungen mit weiteren Kostenträgern, z. B. Krankenkassen, notwendig, um die Höhe der Beteiligung an Umrüstungs- und Betriebskosten festzulegen. Ebenfalls unberücksichtigt sind derzeit noch die Kosten für die Umrüstung der Leitstelle (Funkanbindung, Austausch der Hardware, Anpassung der Software etc.).

Für die Umrüstung/den Austausch der o. g. Funktechnik werden insgesamt Kosten i. H. v. ca. 120.000,00 EUR für den Landkreis entstehen. Hier sind aber noch 48.000,00 EUR - für die landes- und bundeseigenen Fahrzeuge des erweiterten Katastrophenschutzes - enthalten, bei denen zu klären ist, ob Bund und Land die Kosten für die Umrüstung selbst tragen. Die Umrüstung der kommunalen Feuerwehr wird ca. 206.000,00 EUR kosten, wobei die Preise, je nach notwendiger Konfiguration des jeweiligen Gerätes, nach oben oder unten abweichen können.

Der „Bedarf“ an Funkgeräten bei der kommunalen Feuerwehr wurde aufgrund gesetzlicher Vorgaben ermittelt. Hier besteht kein Ermessenspielraum, d. h. jedes Feuerwehr-Einsatz-Fahrzeug muss über ein Funkgerät verfügen. Gleiches gilt natürlich auch für den Rettungsdienst.

In den Jahren 2004 bis 2007 wurden durch das Land M-V Fördermittel an den Landkreis ausgereicht, die ausschließlich für die Beschaffung von Endgeräten seitens des Brandschutzes vorgesehen sind. Hierzu gehören Handfunkgeräte, Fahrzeugfunkgeräte sowie ortsfeste Endgeräte.

Hier sind derzeit (inkl. Zinsen) 354.093,32 EUR vorhanden, mit denen die Umrüstung der Feuerwehren gefördert werden kann.

Nun einige Bemerkungen zu **Projekten**.

- Demografischer Wandel –

Hier werden wir am 30. Juni 2009 den Abschluss in Berlin haben. Es wird an einer Stabilisierungs- und Entwicklungsinitiative gearbeitet für die Region Stettiner Haff, d. h. wir wollen auch über den 30.06. hinaus bestimmte Aufgaben fortführen in der bewährten Zusammenarbeit auch mit der Fachhochschule Neubrandenburg und auch mit dem Wirtschaftsministerium einschließlich Bundesministerium. Hierzu sind erste Gespräche geführt worden und es könnte durchaus so sein, dass eine finanzielle Unterstützung fortgeführt wird.

- Bundesprogramm „Lernen vor Ort“ -

Im Fachbereich wurde in den letzten Wochen intensiv an der Abgabe unserer Bewerbung für das Bundesprogramm „Lernen vor Ort“ gearbeitet.

Nach einer Auftaktveranstaltung am 17.04.2009 erhielten wir von vielen Institutionen, Vereinen und Verbänden ein positives Echo hinsichtlich der von uns beschriebenen Vorhaben.

Der Antrag ist fristgerecht am 04.05.2009 beim Bundesministerium abgegeben worden und wir hoffen nun auf eine positive Entscheidung. Sollte dies so erfolgen, wird der Projektbeginn der 01.09.2009 sein.

Auch hier sind wieder einige Millionen für uns in Aussicht gestellt worden.

Ich bin deswegen optimistisch, weil wir eine Einladung nach Berlin bekommen haben. Man wird uns nicht einladen, um uns dort mitzuteilen, dass wir nicht berücksichtigt worden sind.

- Untersuchungen im Fachdienst Jugendhilfe -

Wie Sie wissen, ist der Jugendhilfebereich in den letzten Monaten von Herrn Rößler aus dem Innenministerium geprüft worden. In seinem Abschlussbericht gab Herr Rößler einige Anregungen hinsichtlich der stärkeren Regionalisierung und Sozialraumorientierung der Jugendhilfe in unserem Landkreis. Der Fachbereich ist dabei, eine Gesamtkonzeption für die Jugendhilfe zu erstellen, mit denen sich der Jugendhilfeausschuss nach der Sommerpause intensiv beschäftigen wird.

Der sozialpädagogische Dienst wird bis zum Ende des Jahres umstrukturiert werden, um den Anforderungen in den vier definierten Sozialräumen gerecht zu werden.

- „Ort der Vielfalt“-

Sehr geehrte Kreistagsmitglieder, mit Freude darf ich Ihnen mitteilen, dass in Würdigung unseres gemeinsamen Einsatzes für Vielfalt, Toleranz und Demokratie der Landkreis am 25.05.2009 im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend mit dem Titel „Ort der Vielfalt“ ausgezeichnet wird. Grundlage für diese Auszeichnung sind die unterschiedlichen Angebote und Maßnahmen im Rahmen der Präventionsarbeit des Landkreises. Dafür darf ich allen Beteiligten meinen persönlichen Dank aussprechen.

- Berufliche Schule -

Am 13. Mai 2009 fand im Schweriner Bildungsministerium eine Gesprächsrunde mit Vertretern des Wirtschaftsministeriums sowie des Innenministeriums zum Thema Umsetzung des Kreistagsbeschlusses des Landkreises Uecker-Randow in Bezug auf die Konzentration am Standort Torgelow statt.

Das Bildungsministerium hält die Konzentration der Beruflichen Schule an einem Standort und damit den Kreistagsbeschluss für eine richtige und sinnvolle Entscheidung und unterstützt deshalb den Prozess der Umsetzung.

In Abstimmung mit den Ministerien sind wir aufgefordert, noch bis Ende des Monats Mai für alle investiven Maßnahmen in Bezug auf die Berufliche Schule GA-Förderanträge zu stellen. Im Juni soll es dann zu dieser Thematik einen Kabinettsbeschluss der Landesregierung geben. Außerdem wird Ende Mai ein nochmaliges Gespräch mit dem Innenministerium zur Finanzierung der notwendigen Eigenmittel und des Umsetzungszeitraumes der gesamten Fördermaßnahme stattfinden.

Ingesamt scheinen wir uns somit auf einem guten Weg der Umsetzung des Kreistagsbeschlusses zu befinden.

- Dank für die gute Zusammenarbeit in der abgelaufenen Kommunalwahlperiode -

Sehr geehrte Mitglieder des Kreistages,
an dieser Stelle möchte ich mich bei Ihnen herzlich für die gute und konstruktive ab und an auch kritische Zusammenarbeit bedanken.

Einige Themen beschäftigen uns tagtäglich, wie die eingangs erwähnten Haushaltsunterlagen: Haushaltssatzung und Haushaltssicherungskonzept und in Anbetracht der neuesten Steuerschätzungen wird diese Thematik nicht einfacher.

Andere Aufgabenstellungen, die wir gemeinsam bewältigt haben, möchte ich hier beispielhaft nennen:

- Bildung der ARGE – Zusammenführung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe,
- Bemessung der Kosten für einmalige Leistungen,
- Bemessung der angemessenen Kosten der Unterkunft und Heizung,
- Fortschreibung des Regionalen Entwicklungskonzeptes,
- Fortschreibung der Nahverkehrsplanung.

Ich denke auch, wenn ich Nahverkehrsplanung sage, an die Stabilisierung und den Erhalt der VGU. Als der Kreistag vor Ihnen seine Tätigkeit einstellte, stand das auf der Kippe. Wir haben uns zu diesem Beschluss durchgerungen, wir wollen diesen Betrieb erhalten und im Nachhinein können wir mit Stolz sagen, das war die richtige Entscheidung. Wir haben jetzt einen gut laufenden schwarze Zah-

len schreibenden Verkehrsbetrieb. Dafür möchte ich mich bei denen bedanken, die daran mitgewirkt haben.

- Verfassungsbeschwerde gegen das Verwaltungsmodernisierungsgesetz,
- verschiedene Gebührensatzungen.

Für all diese anspruchsvollen Aufgaben ist es an der Zeit, mich bei Ihnen zu bedanken. Wir haben einige Fehden gefochten, wenn es um den Haushalt ging. Im letzten Jahr haben sich Verwaltung, Kreistag, Parteien und Fraktionen gemeinsam auf die Kreisumlage festgelegt. Das hat natürlich nicht die Gegenliebe in Schwerin gefunden, aber ich denke, es ist besser, wenn wir hier in der Region zusammenhalten, als das wir uns einzeln vom Innenministerium vorführen lassen.

Ich wünsche Ihnen für die Wahlzeit, all diejenigen die antreten, mögen Sie das notwendige Fortune haben gewählt zu werden. Ich bin mir sicher, wenn ich hier in die Runde schaue, zur konstituierenden Sitzung werde ich viele Gesichter wiedersehen. Darauf freue ich mich. Ich wünsche Ihnen alles Gute, auch für den bevorstehenden Urlaub. Erholen Sie sich, dass Sie dann gestärkt und voller Optimismus und Tatkraft in die neue Legislaturperiode starten können. Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Anlage 2

Ergebnisse der ersten Kinder- und Jugendkonferenz des Landkreises Uecker-Randow im Rahmen des Kinder- und Jugendmodellprojektes „Respekt“

Herr Fels

Bündnissprecher vom Lokalen Bündnis für Familie des Landkreises Uecker-Randow

Wir stellen uns zunächst vor – neben mir steht Diana Manthey. Sie arbeitet ehrenamtlich im Lokalen Bündnis für Familie und ist ansonsten an der Berufsschule des Asklepios Klinikums als Lehrerin beschäftigt. Ich bin Peter Fels, ich arbeite ebenfalls ehrenamtlich im Lokalen Bündnis für Familie und arbeite sonst beim Deutschen Kinderhilfswerk in Berlin.

Ich möchte den Vortrag heute mit 2 Zahlen einleiten. Von 1965 bis 2008 ist die Kinderarmut in Deutschland fünfundsiebzig Mal höher geworden. Während man 1975 nach dem SGB II noch jedes 75. Kind als arm bezeichnete, ist es heute schon jedes 4. Kind. Heute hat der Paritätische Gesamtverband seinen Armutsbericht vorgestellt und darin ist vor allem Vorpommern, also unsere Region, am meisten betroffen mit 27 % der Menschen, die in Armut leben.

Das erste Rettungspaket der Bundesregierung wegen der Finanzkrise war 186 Mrd. EUR groß. Wenn man das Geld auf die Kinder bis 14 Jahre in der Bundesrepublik verteilen würde, würde jedes Kind 11.000 EUR bekommen.

Wir haben am 28. und 29. November vergangenen Jahres in Torgelow die erste Kinder- und Jugendkonferenz durchgeführt. Diese Kinder- und Jugendkonferenz ist in einem langen Prozess seit 2005 von rund 300 ehrenamtlichen Leuten vorbereitet worden. Wir haben auf dem ersten Demografiekongress im September 2005 in Torgelow beschlossen, dass wir die Kinder befragen wollen, dass wir ihnen die Möglichkeit geben wollen, eine Konferenz durchzuführen, haben am 3. Familientag 2006 in Pasewalk auf dem Marktplatz darüber mit den Kindern, mit den Erwachsenen, mit den Vereinen beraten und dort die Methodik gefunden, nämlich die Open-Space-Methodik, diese Konferenz durchzuführen. Im September 2007 wurde in Eggesin ein Workshop durchgeführt, an dem 33 Vereinsvertreter teilnahmen, die sich mit Kinder- und Jugendarbeit beschäftigen. Dort haben wir als Erwachsene uns damit vertraut gemacht, den Prozess der Kinderpartizipation zu leiten und zu führen und an diesem Tag auch den Initiativkreis gegründet, der dann das Projekt „Respekt“ ins Leben gerufen hat. Durch diesen Initiativkreis ist das Projekt „Respekt“ mit der zentralen Kinder- und Jugendkonferenz beim Bundesverkehrsministerium vorgestellt worden. Es wurde in das Modellvorhaben Demografischer Wandel aufgenommen und mit 130.000 EUR finanziert. Am 28. und 29. November haben wir dann in der Volkssporthalle Torgelow die Kinder- und Jugendkonferenz durchgeführt. Daran nahmen 101 Kinder aus allen Gegenden des Landkreises von Ueckermünde bis Penkun teil. Am ersten Tag wurden nach der Open-Space-Methodik, die geleitet wurde durch ein Team um Jutta Weimar aus Berlin, mit den Kindern Anliegen und Probleme bzw. Projekte erarbeitet. Am zweiten Tag wurden Broschüren angefertigt, die im Landratsamt gedruckt wurden und aus den Anliegen heraus wurden Projekte entworfen. Als zentrales Projekt haben die Kinder und Jugendlichen die jährliche Durchführung der Jugendkonferenz ausgewählt. Diese Konferenz soll Tradition und dauerhaftes Podium werden, wo Anliegen geplant und Projekte entwickelt werden können, die das Leben der Kinder und Jugendlichen betreffen und sie an der Umsetzung und

Gestaltung selbst mitwirken können. Ich möchte dazu sagen, dass Partizipation von Kindern und Jugendlichen bei uns im Landkreis immer mehr verschwindet. Das hängt einmal objektiv damit zusammen, dass die älter werdende Gesellschaft die junge Generation verdrängt, das ist einfach objektiv so. Wenn man von Kindern und Jugendlichen in der Zeitung etwas liest, dann sind es Meldungen, dass irgendwo ein Moped geklaut wurde, sie irgendwo ein Feuer angezündet haben oder so, aber die Anliegen, die die Kinder haben, werden von den Erwachsenen öffentlich nicht mehr so wahrgenommen, wie wir das auf dieser Konferenz erlebt haben. Von den hier anwesenden Personen haben auch einige an der Konferenz teilgenommen. Sie konnten als Fazit sicher mitnehmen, dass wir einen wahren Schatz heben, wenn wir Kinder und Jugendliche beteiligen.

Ich möchte Ihnen ganz kurz die Projekte vorstellen, die auch in den Prozess der Partizipation einfließen.

Als erstes ist es die Kinderkonferenz. Wir haben dazu einen Projektkreis gegründet, der unter Führung von Frau Manthey arbeitet und für nächstes Jahr die Kinder- und Jugendkonferenz vorbereitet.

Weiter haben wir Spielplatzprojekte z. B. in der Stadt Torgelow, wo Kinder und Jugendliche bei der Planung von Spielplätzen im Stadtgebiet beteiligt werden. Die Projekte setzen sich mit der Schulhofgestaltung in Löcknitz und in Torgelow fort. Allein für die Schulhofgestaltung der Albert-Einstein-Schule sind schon 1.150 EUR geflossen, um dort einen Bolzplatz zu errichten. Weiterhin gibt es ein Schultoilettenprojekt in Pasewalk an der Arnold-Zweig-Schule, das ebenfalls aus Mitteln des Projektes „Respekt“ finanziert wird. In einer Arbeitsgruppe Mobbing arbeiten Kinder, Jugendliche und Sozialarbeiter gemeinsam an den Problemen, denn Mobbing ist eines der größten Probleme, das die Kinder und Jugendlichen zurzeit in der Schule beschäftigt. Weiter wurden als Projekte Essenversorgung und grünes Klassenzimmer in verschiedenen Schulen initiiert.

Ich möchte Sie heute auf dieser letzten Tagung des Kreistages darum bitten, dass Sie auch weiterhin an dem Projekt Kinder- und Jugendkonferenz wirken und festhalten.

Frau Manthey wird nun noch darstellen, warum Partizipation für uns im Landkreis ganz wichtig ist.

Mein Name ist **Diana Manthey**. Ich möchte zum Abschluss noch darlegen, warum wir das Projekt auf alle Fälle weiter führen wollen.

Als erstes wollen wir auf die Rechte der Kinder aufmerksam machen. Kinder sind gleichberechtigte Bürger in unserer Gesellschaft. Ihre Rechte sind in verschiedensten Rechtsquellen verankert. So z. B. in der UN-Kinderrechtskonvention, sie ist so eine Art Grundgesetz für Mädchen und Jungen bis zum Alter von 18 Jahren. Darin heißt es, dass die Vertragsstaaten den Kindern zusichern, sich ihre eigene Meinung bilden zu können, sie frei äußern zu dürfen und diese Meinung angemessen entsprechend des Alters und der Entwicklung der Kinder zu berücksichtigen ist. Eine weitere wichtige Rechtsquelle ist das Sozialgesetzbuch VIII (SGB VIII). Es ist die Basis für die Arbeit in den verschiedensten Städten, Kreisen und Gemeinden. Es heißt darin, dass die Jugendhilfe dazu beitragen soll, positive Lebensbedingungen für junge Menschen und Familien sowie eine kinder- und familienfreundliche Umwelt zu schaffen. Und genau das ist unser Ansatz, wir wollen positive Lebensbedingungen für Kinder und Jugendliche schaffen und das mit dem Mitwirken der Kinder. Das heißt auch, dass positive Lebensbedingungen Familienfreundlichkeit bedeuten und Familienfreundlichkeit ist ein Standortfaktor. Denn wir möchten, dass die Kinder und Jugendlichen

hier bleiben. Dafür sehen wir die Möglichkeit, dass wir Strukturen schaffen wollen, die die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen erlaubt. Dazu bedarf es auch rechtlicher Grundlagen, die erarbeitet werden müssen und nach denen gehandelt werden muss. Diese Strukturen wollen wir auf Kinderebene schaffen, so dass Kinder Ansprechpartner haben, ein Forum haben, wo sie ihre Ideen, ihre Wünsche und ihre Meinungen einbringen können, weil sie Experten in ihrer Sache sind. Herr Fels hat es schon anklingen lassen, sie sind Experten in Sachen Schule, Spielplatzgestaltung, auch Lebensumfeld und da können sie uns ihre Meinung und ihre Dinge benennen, die für sie wichtig sind, weil wir nicht mit Kinderaugen gucken, sondern die Kinder geben ihre Blickrichtung, ihre Sichtweise an uns weiter. Wir wollen diese Sichtweisen umsetzen, wollen sie ernst nehmen. Diese Partizipation hat auch noch ganz viele Nebeneffekte, die Kinder werden gefördert in ihrem Selbstbewusstsein und in der Gruppenzugehörigkeit. Man kann auf der anderen Seite auch politische Bildung betreiben, demokratisches Engagement bei den Kindern herauskitzeln. Wenn Kinder erleben, dass ihre Ideen ernst genommen werden, dass sie sich mit dem identifizieren, was sie machen, dann bleiben sie auch am Ball. Es gibt viele Studien, die belegen, dass auch Vandalismusraten dadurch gesenkt werden können. Mecklenburg-Vorpommern ist ein Land, was die Partizipation leben und durchsetzen muss. Wir wollen gern für die Kinder hier sein, sie ernst nehmen und in ihren Anliegen unterstützen. Deswegen werden wir dieses Projekt weiter führen. Wir wollen die Entwicklung hier fördern und wollen, dass unsere Kinder gute Lebensbedingungen haben und ihre Umwelt und ihre Region schätzen. Und vielleicht schafft man es ein Stück weit, dass sie eben nicht weg gehen, obwohl für das Weggehen auch viele andere Gründe auf dem Tisch sind. In erster Linie wollen wir die Kinder hören und sehen und ihnen hier eine Möglichkeit auf Entwicklung und Leben geben. Dankeschön.

Herr Dr. Schendel betont, dass diese Arbeit sehr wichtig ist. Unsere Kinder sind unsere Zukunft. Als Landwirte, die in den Ortschaften zu Hause sind, liegt uns das ganz besonders am Herzen, auch wenn es um die Nachwuchswerbung geht, aber nicht nur dann. Wir haben viele Landwirtschaftsbetriebe, die eine recht enge Verbindung zu den Schulen halten. Bei mir ist es das Gymnasium Ueckermünde, aber auch die Regionale Schule. In den letzten Tagen ging es um die Berufsfrühorientierung und ich glaube, bei solchen Veranstaltungen, Projekten und Projekttagen können wir als Landwirte ganz wesentlich unterstützen. Meine Berufskollegen werden, wenn es um Wünsche geht, immer ein offenes Ohr haben.

Weitere Wortmeldungen gibt es nicht. Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

Anlage 3

Ausführungen des Kreistagspräsidenten - Rückblick auf die vergangene Legislaturperiode

Sehr geehrte Kreistagsmitglieder,

mit der heutigen 21. Tagung geht die 4. Legislaturperiode nach der politischen Wende 1990 zu Ende. Aus diesem Anlass möchte ich Ihnen einige Daten zur Arbeit des Kreistages und der Ausschüsse darlegen.

Zunächst zum Kreistag:

In den zurückliegenden 20 Sitzungen des Kreistages wurden insgesamt 244 Beschlüsse gefasst.

Davon sind 158 Sachbeschlüsse dieser Wahlperiode zuzuordnen, 22 Mal wurden Beschlüsse aus den vorangegangenen Wahlperioden geändert, 9 Entscheidungen änderten Beschlüsse der laufenden Wahlperiode.

10 Beschlüsse wurden im nichtöffentlichen Teil der Kreistagssitzungen gefasst.

4 Beschlüsse/Anträge wurden durch den Kreistag abgelehnt.

3 Beschlüsse/Anträge wurden zur Beratung in Ausschüsse zurückverwiesen.

Dem Kreistag lagen 18 Mitteilungsvorlagen vor.

Der Kreistag nahm 12 Berichte entgegen.

6 Tagesordnungspunkte wurden zu Beginn von Kreistagssitzungen abgesetzt.

Durchschnittlich haben an den Sitzungen des Kreistages 40 Kreistagsmitglieder teilgenommen. Die höchste Teilnahme lag am 17.12.2007 bei 45 Kreistagsmitgliedern und am 13.03.2006 war die Teilnahme mit 36 Kreistagsmitgliedern am geringsten. Die durchschnittliche Beteiligung lag bei 86 %.

An allen 20 Kreistagssitzungen nahmen lediglich Frau Drechsler, Herr Kowalski und Herr Radant teil. 107 Mal haben sich Mitglieder des Kreistages zur Sitzung entschuldigt, unentschuldigtes Fehlen gab es in 23 Fällen.

Die 20 Sitzungen des Kreistages dauerten insgesamt 54 Stunden und 35 Minuten. Die durchschnittliche Sitzungsdauer betrug 2 Stunden und 45 Minuten. Die längste Sitzung dauerte 4 Stunden, es wurden 31 TOP abgearbeitet. Die kürzeste Sitzung dauerte 1 Stunde und 35 Minuten, wobei 16 TOP abgearbeitet wurden. Insgesamt wurden 361 TOP behandelt, das sind durchschnittlich 18 Punkte pro Sitzung.

Während der Wahlperiode sind insgesamt 14 Kreistagsmitglieder aus dem Kreistag ausgeschieden. 13 Nachfolger rückten in den Kreistag nach. Ein Platz konnte nicht erneut besetzt werden, da die Liste (Für Uecker-Randow) erschöpft war. Seit März 2008 setzt sich der Kreistag deshalb aus 46 Mitgliedern, statt vorher 47, zusammen.

(In der Wahlperiode 1994 – 1999 sind 8 Kreistagsmitglieder und in der Wahlperiode 1999 – 2004 sind 15 Kreistagsmitglieder ausgeschieden.)

In 55 Fällen mussten personelle Veränderungen in Ausschüssen und sonstigen Gremien vorgenommen werden.

Zu den Ausschüssen:

Da wir nicht alle Ausschuss-Sitzungen und eventuell Ausfälle infolge fehlenden Beratungsbedarfes gezählt haben, gehen wir von möglichen 440 Sitzungen aus.

Beachtenswert ist dabei, dass insgesamt 88 Ausschuss-Sitzungen in den verschiedensten Institutionen im Kreisgebiet stattgefunden haben.

Im Jugendhilfeausschuss sind das	21 Sitzungen,
im Ausschuss für Bildung und Kultur	18 Sitzungen,
im Ausschuss für Gesundheit und Soziales	26 Sitzungen,
im Ausschuss für Umwelt und Ordnungsangelegenheiten	17 Sitzungen
und	
im Finanzausschuss	<u>6 Sitzungen</u>
	88 Sitzungen = 20 %.

Hierin drückt sich die enge Zusammenarbeit zwischen Ausschuss, Vereinen, Verbänden und Einrichtungen des Kreises aus und sie dient letztlich dem Kennenlernen der Probleme in den verschiedenen Einrichtungen, eine Hilfe, sachkundige Entscheidungen zu beiderseitigem Nutzen treffen zu können.

Als Negativum ist zu bemerken, dass 11 Sitzungen nicht beschlussfähig waren bzw. wegen zu geringer Teilnahme ausgefallen sind. Zu den möglichen Sitzungen sind das 2,4 %.

Besonders unerfreulich ist es in solchen Fällen für die Ausschussmitglieder, die nutzlos Zeit vergeudet und eine eventuell lange Anreise auf sich genommen haben. Bedenken Sie das bitte für die Zukunft.

Das soll es mit den trockenen Zahlen gewesen sein.

Insgesamt zeigt sich doch ein sehr positives Bild. Ein Grund, Ihnen allen, liebe Kreistagsmitglieder, Dank zu sagen für Ihre engagierte und kompetente Arbeit im Kreistag und in den Ausschüssen.

In den allermeisten Fällen sind die Pflichten, die das Ehrenamt auferlegt, auch mit großem persönlichem Einsatz erfüllt worden.

Danke.

Im gleichen Atemzug möchte ich mich auch bei unseren zum Teil regelmäßig anwesenden Gästen für ihr Interesse und die ganz besonders lobenswerte Disziplin bedanken. Sie sind uns jederzeit herzlich willkommen.

In dieses Lob schließe ich auch die Presse ein, die über die Kreistage objektiv berichtet hat.

Nicht unerwähnt möchte ich die gute Zusammenarbeit der Gremien des Kreistages mit der Verwaltung lassen. Insbesondere bei den Haushaltsplanberatungen ist das von den Fraktionen auch immer wieder betont worden. Auch hierfür herzlichen Dank.

Ganz persönlich möchte ich mich bei meinem Präsidium für die tolle Zusammenarbeit und die Bereitschaft, mir in jeder Beziehung zur Seite zu stehen, bedanken.

Dazu ist das Präsidium auch eingerichtet und diese Pflicht hat es hervorragend erfüllt. Ich danke Euch ganz herzlich dafür.

Zuletzt, aber nicht weniger herzlich, möchte ich mich bei meinen beiden Damen im Kreistagsbüro bedanken. Ohne sie wäre überhaupt keine Kreistagssitzung möglich, also sind sie unentbehrlich.

Für mich gestaltet sich die Zusammenarbeit völlig unspektakulär, sie ist anregend und alle meine Wünsche, den Kreistag betreffend, werden umgehend erfüllt. Ich bin des Lobes voll. Herzlichen Dank Ihnen beiden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,
in weniger als 3 Wochen findet die Kommunalwahl in Mecklenburg-Vorpommern statt.

Wir alle sollten uns für eine hohe Wahlbeteiligung einsetzen, um rechtsextremen Kräften so wenig wie möglich Freiraum zu lassen.

Ich wünsche uns und Ihnen allen ein gutes Wahlergebnis. 42 von 46 Kreistagsmitgliedern bewerben sich erneut um ein Kreistagsmandat.

Dazu wünsche ich Ihnen viel Erfolg.

Danke.